

Wien, 8. März 2012

Einheitswert - Hauptfeststellung 2014 Vorschlag der Landwirtschaft

1. Bewertungsgesetznovelle
 - Vorverlegung auf 1.1.2014 im Sparpaket
 - Möglichst rasch Fixierung von Eckpunkten (Hektarhöchstsatz, Einrechnung der öffentlichen Mittel mit konkretem Faktor) in einer weiteren Gesetzesnovelle

2. Einheitswert als Grundlage für pauschale Einkommensermittlung und SV
 - Auch künftig soll für den überwiegenden Teil der Bauern die Pauschalierung gelten
 - Anpassungen der PauschalierungsVO bzw. deren Verlängerung sind zu verhandeln (Gewinnprozentsatz, Betriebsgröße, Viehbesatz, Sonderkulturen)
 - Die Teilpauschalierungsregelung ist insbesondere für Veredlungsbetriebe zu verbessern (höherer Ausgabensatz, derzeit 70 %)

3. Grundsätze für Hauptfeststellung
 - Einheitswertsumme Landwirtschaft mind. 100 % zu derzeit
 - Einheitswertsumme in der Forstwirtschaft etwas höher (es besteht ein gewisser Spielraum unter Berücksichtigung der Wertschöpfungsrelationen im Vergleich zu den Einheitswerten)
 - Berücksichtigung der öffentlichen Gelder der 1. Säule
 - Höhere Gewichtung der Viehzuschläge bei gleichzeitiger Absenkung der Normalunterstellung
 - Relative Verringerung der reinen Bodenbewertung
 - Neue Bewertungsrichtlinien müssen strukturelle Entwicklung berücksichtigen (Größenklassenzu- und -abschläge, Hofentfernung u.a.)
 - Künftig sind die Einheitswerte laufend fortzuschreiben auf Basis der dazu herangezogenen Verwaltungsdaten (Öffentliche Gelder, Viehbesatz u.a.)

4. Gewichtungsvorschlag

- Bodenbewertung	83% (statt 82) 4
- Vieheinheitszuschlag	% (statt 2,5 %)
- Öffentliche Gelder 1. Säule	13% (statt 10,5%)
Summe	100% (statt 95%)

5. Normalunterstellung Viehhaltung

- Strukturelle Entwicklung in der Viehhaltung ist zu berücksichtigen, Zahl der Betriebe ohne bzw. untergeordneter Viehhaltung steigt weiterhin
Umgekehrt konzentriert sich die Viehhaltung in größeren Einheiten
- Normalunterstellung bisher:

bis 10 ha RLN	2,4 VE je ha
von 10 bis 20 ha	1,2 VE
darüber	1,0 VE
- Normalunterstellung neu:

bis 10 ha RLN	2,0 VE je ha
von 10 bis 20 ha	1,0 VE
darüber	1,0 VE

6. Beitragsgrundlagen in der Sozialversicherung (BSVG)

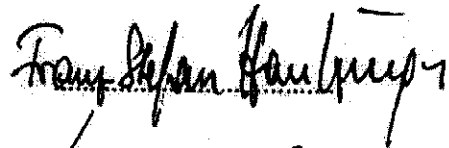
Nach dem Wirksamwerden der Hauptfeststellung sind die Beitragsgrundlagen im untersten Bereich der Beitragstabelle voraussichtlich anzupassen (durch die Einrechnung der öffentlichen Gelder kommt es im sehr niedrigen Einheitswertbereich zu überproportionalen Erhöhungen, die jedenfalls nicht voll auf die Beiträge durchschlagen sollen)

- Wahrungsklausel für Kleinbetriebe:
Bei Überschreitung der Einheitswertgrenze von 1.500 € in einem Zeitraum von 10 Jahren tritt auch dann keine Versicherungspflicht (Vollversicherung) ein, wenn in dieser Zeitspanne eine Betriebsübergabe stattfindet.
Die Überschreitung der Einheitswertgrenze von 1.500 € führt daher in diesem Zeitraum nur dann zum Eintritt in die Pflichtversicherung, wenn sich die betrieblichen Verhältnisse durch Zukauf oder Zupachtung verändern.
Die Sonderregelung für die Betriebsübergabe soll bezwecken, dass es zu keinem Hinausschieben von Übergaben wegen der Auswirkung auf die Sozialversicherung kommt.
- In Summe soll es zu keiner Verminderung der Beiträge bzw. der Beitragsgrundlagen kommen

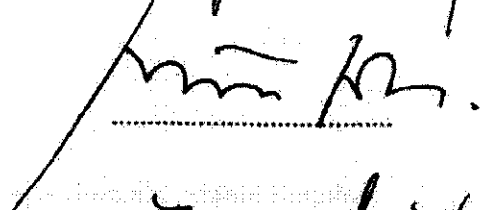
LK Österreich:
Präsident Ök.Rat Gerhard Wlodkowski

 3/3

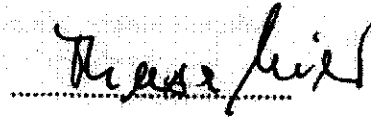
LK Burgenland:
Präsident Ök.-Rat Franz Stefan Hautzinger



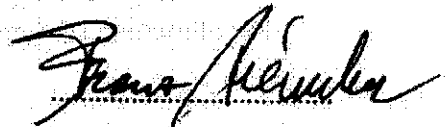
LK Kärnten:
Präsident Ök.-Rat Ing. Johann Mößter



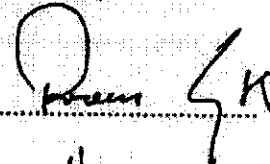
LK Niederösterreich:
Präsident Abg.z.NR Ing. Hermann Schultes



LK Oberösterreich:
Präsident Ök.-Rat Ing. Franz Reisecker



LK Salzburg
Präsident Abg.z.NR Ök.-Rat Franz Eßl



LK Steiermark:
Präsident Ök.-Rat Gerhard Wlodkowski



LK Tirol:
Präsident Ing. Josef Hechenberger



LK Vorarlberg:
Präsident StR Josef Moosbrugger



LKWien
Präsident Ing. Franz Windisch

